

Stefan macht die Hufe schön

Stefan Weichselbaumer ist mobiler „Fußpfleger“ für Pferde in ganz Oberösterreich.

Seite 9

Jede Stimme zählt

Von 5. bis 18. März 2024 ist AK-Wahl. Die Beschäftigten entscheiden mit ihrer Stimme über den Kurs der AK – Seite 10

76 Wochen Wartezeit

Wer im Raum Steyr lebt und eine neue Hüfte braucht, muss lange warten. Privat finanziert geht's schneller – Seite 4

Einfach „Unpackbar“

In einem Linzer Laden wird auf Verpackungsmüll verzichtet. So geht umweltfreundliches Einkaufen – Seite 8

Unnötige Geschenke an Unternehmer und falsche Schwerpunkte

Das Bundesbudget 2024 enthält Milliardengeschenke für Unternehmen. Geld, das für Zukunftsinvestitionen und Sozialstaat fehlt.



Dr. Walter Sturm
stv. Chefredakteur

Viele Firmen klagen über fehlende Fachkräfte. Gleichzeitig sind 352.000 Arbeitnehmer:innen ohne Beschäftigung – und ihre Zahl steigt. Statt Geld in die Hand zu nehmen, um Arbeitssuchende für die offenen Jobs zu qualifizieren, senkt die Regierung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozent. Die Unternehmen ersparen sich dadurch Jahr für Jahr 50 Millionen Euro. Das reiht sich ein in die Senkungen der Unternehmerbeiträge zur Unfallversicherung, zum Familienlastenausgleich und zum Insolvenzfonds,

die den Staat seit 2016 schon insgesamt 7,3 Milliarden Euro gekostet haben. Dazu kommen Geschenke bei der Gewinnsteuer (Körperschaftsteuer/KÖSt) für Kapitalgesellschaften. Sie wird nach einer Senkung im Vorjahr heuer um ein weiteres Prozent auf nur noch 23 Prozent reduziert. Allein in diesen beiden Jahren verliert der Staat dadurch weitere rund 1,7 Milliarden Euro.

Konjunkturstützende Investitionen sucht man im Budget trotz Wirtschaftslaute vergeblich, abgesehen von Förderungen für

den Austausch alter Heizsysteme. Die Arbeiterkammer fordert daher eine Rücknahme der KÖSt-Senkung sowie Vermögens- und Erbschaftssteuern auf Millionenvermögen. Die Einnahmen werden dringend gebraucht: für Beschäftigungspolitik und Klimaschutz, für Bildung, Gesundheit und Pflege sowie im Kampf gegen die Armut. Das Geld ist da, es ist nur in den falschen Händen.

Ihr

walter.sturm@akoee.at



GUT ZU WISSEN

Viele gehen krank zur Arbeit

Schnupfen, grippaler Infekt oder sogar eine echte Grippe. Viele gehen trotz gesundheitlicher Beschwerden in die Arbeit. Die Angst, dass die Arbeit sonst liegen bleibt oder die ohnehin überlasteten Kolleg:innen einen vertreten müssen, schwingt hier mit. Aber wie viele Beschäftigte gehen wirklich krank zur Arbeit?

a) 66 Prozent b) 46 Prozent c) 26 Prozent

Die Auflösung finden Sie auf Seite 12.



KURZ & BÜNDIG

Praktische AK-Rechner für den Berufsalltag

Mit dem AK-Resturlaubsrechner erfahren Sie unkompliziert, wieviel Sie am Ende Ihres Arbeitsverhältnisses für den Urlaub bekommen, den Sie sich noch nicht genommen haben. Und wenn Sie wissen möchten, wieviel Netto- vom Bruttolohn übrigbleibt, hilft der AK-Brutto-Netto-Rechner. Mit dem Tool wissen Sie im Handumdrehen, was vom Brutto übrigbleibt und wirklich auf dem Konto landet. Probieren Sie es aus auf ak-report.at.

Alles richtig machen mit AK-Vorlagen

Einen Handyvertrag oder Zeitschriften-Abo kündigen, eine beschädigte Lieferung reklamieren oder beim Arbeitgeber ein Dienstzeugnis anfordern. In solchen Fällen nehmen Sie am besten schriftlich Kontakt mit dem Gegenüber auf. Damit in dem Schreiben alles Wichtige und auch Notwendige enthalten ist, hat die AK Oberösterreich praktische Vorlagen erstellt. Für viele Lebenslagen, im privaten und beruflichen

Bereich, hat die AK den richtigen Musterbrief. Alle Infos auf ooe.arbeiterkammer.at.

Mit Preisvergleichen günstiger einkaufen

Die Arbeiterkammer Oberösterreich unterstützt die unabhängige Preisvergleichs-Plattform preisrunder.at. Hier werden aktuelle Preise von 150.000 Produkten verglichen. So können Sie beim Einkauf bares Geld sparen. Einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen und Sie kommen direkt zur Plattform.



AK-Classics läuten den Frühling ein

Mal wieder Lust auf Klassik? Mit der Konzertreihe AK-Classics bringt die AK hochkarätige Musiker:innen auf die Bühne. Im April und Mai haben Sie noch Gelegenheit, die Musik von Ludwig van Beethoven und Edward Elgar live zu erleben. Für AK-Mitglieder gibt es die Tickets zum Sonderpreis.



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“



Gutenber-Werbering GmbH, UW-Nr. 844

Magazin für Arbeitnehmer:innen in Oberösterreich.
Nr. 1, 17. Jänner 2024, 55. (79.) Jahrgang. Erscheint fünfmal im Jahr.
Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel.: +43 (0)50 6906-2180, E-Mail: redaktion@akoee.at

Redaktion: Isabell Falkner (CR), Walter Sturm (stv. CR), Dominik Bittendorfer, Rainer Brunhofer, Gabriele Fehringer (CvD), Ines Hafner, Bianca Karr-Sajtarevic, Gregor Kraftschik, Stefan Langes, Ulrike Mayr-Gassenbauer, Michael Petermair (CvD), Hans Promberger, Norbert Ramp.
Produktion, Layout: Gregor Mitterlehner
Fotos: Christoph Staudinger

Hersteller: Gutenber-Werbering Gesellschaft m.b.H., Verlagspostamt 4000 (4020) Linz
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe <https://ooe.arbeiterkammer.at/impresum>
Auflage: 547.000. Die nächste Ausgabe erscheint am 28. Februar 2024.

Unser Pensionssystem ist sicher – Fakten gegen Panikmache

„Explodierende Staatszuschüsse“ hier, „Pensionsloch“ da. Seit Langem prophezeien neoliberale Politiker:innen und Unternehmer:innen den baldigen Kollaps unseres Pensionssystems. Eingetroffen ist er natürlich nie.

Ständig werden Attacken auf unser Pensionssystem geritten. Die angebliche Sorge um seine Stabilität ist nur vorgeschoben. Vielmehr geht es den Angreifer:innen darum, a) private Pensionensversicherungen zu pushen, b) Pensionen zu kürzen oder c) das Antrittsalter anzuheben, also längeres Arbeiten der Beschäftigten zu erzwingen.

Ganz typisch ist etwa die Argumentation der Industrie-Lobbyorganisation Agenda Austria: „Die Erwerbsbevölkerung zahlt weniger ein, als den Pensionisten ausbezahlt wird. Unterm Strich lebt das heimische Pensionssystem also von hohen Zuschüssen aus dem Steuertopf. Das Pensionsloch lag zuletzt bei rund 24 Milliarden Euro.“

Geplanter Staatszuschuss ist kein „Pensionsloch“

Das ist gleich mehrfach irreführend: Unsinn ist etwa das Gerede vom „Pensionsloch“. Bereits die unter Bismarck im 19. Jahrhundert in Deutschland eingeführte öffentliche Rentenversicherung basierte

auf dem Prinzip der Drittfinanzierung: je ein Drittel entfallen auf Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeber und Staat. Das 1956 in Österreich geschaffene Pensionssystem folgt einem ähnlichen Konzept.

Ohnehin finanzieren die Arbeitnehmer:innen mit ihren Beiträgen rund 84 Prozent ihrer Pensionen selbst. Der Staat muss zu ihren Pensionen nur 16 Prozent zuschießen. Bei den Gewerbetreibenden sind es 14 und bei den Landwirt:innen sogar 87 Prozent! Und auch 80 Prozent der Steuern, aus denen der Staat diese Zuschüsse leistet, sind Lohn- und Konsumsteuern der Arbeitnehmer:innen.

Manipulativ ist auch, die angebliche Explosion der Staatszuschüsse mit den absoluten Beträgen belegen zu wollen. Die 24 Milliarden der Agenda Austria klingen nach sehr viel Geld. Von einer Kostenexplosion kann aber keine Rede sein. Die einzig sinnvolle Methode, das zu beurteilen ist, diese Ausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zu betrachten, die ja ständig steigt.



Andreas Stangl
Präsident

» Das Pensionssystem ist auch langfristig sicher. Es braucht keine Anhebung des Antrittsalters, sondern bessere Arbeitsbedingungen und Chancen für ältere Beschäftigte. Die beste Pensionspolitik ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. «



Die österreichische Pensionssicherungskommission tut genau das in ihren jährlichen Gutachten. Das aktuelle mittelfristige Gutachten vom November 2023 zeigt, dass die staatlichen Ausgaben für die Pensionen der Arbeitnehmer:innen und Beamten:innen gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sogar unter den bisherigen Erwartungen liegen. Bisher war mit 6,5 Prozent des BIP im Jahr 2028 gerechnet worden, die aktuelle Schätzung beträgt nur mehr 6,2 Prozent.

Natürlich ist der, durchaus erfreuliche, Anstieg der Lebenserwartung eine Herausforderung für das Pensionssystem. Die stabilen Kosten in Relation zum BIP zeigen aber, dass Österreich auf die demographische Entwicklung längst erfolgreich mit Reformen reagiert hat. So ist das faktische Pensionsalter seit 2000 bei den Männern von 58,5 auf 62,1 und bei den

Frauen von 56,8 auf 60,1 Jahre gestiegen und steigt weiter. Entscheidend für die Finanzierbarkeit ist nicht die Zahl der Pensionist:innen, sondern die Beschäftigungsentwicklung. Eine Anhebung des Pensionsantrittsalters würde nur die Arbeitslosigkeit erhöhen. Schon jetzt ist jeder zehnte 60- bis 64-Jährige und jeder zwölfte 55- bis 59-Jährige arbeitslos.

Die Beschäftigung ist der Schlüssel

Was es braucht, ist ein entschlossener Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, höhere Löhne und eine altersgerechte Arbeitswelt, um Ältere länger in Beschäftigung zu halten. Das spart dem Staat Ausgaben und sorgt für sprudelnde Pensionsversicherungsbeiträge und Steuereinnahmen, die die Pensionen auch in Zukunft sichern. ◀

walter.sturm@akooe.at

Bis zu 76 Wochen Wartezeit auf eine neue Hüfte

Der Schmerz war ständiger Begleiter

Nur wer kräftig zahlt, wird früher operiert! Ein 55-Jähriger aus dem Großraum Steyr, der ein künstliches Hüftgelenk brauchte, wollte das nicht und musste daher ewig lang mit höllischen Schmerzen leben. So wie ihm geht es tausenden anderen Patient:innen in unserem Land.

Der Schmerz war sein täglicher Begleiter. Beim Gehen zur Bushaltestelle. Beim Sitzen im Büro. Beim schnellen Stehkafee mit den Kolleg:innen. Beim Einschalten der Waschmaschine. Sogar wenn Roland schlief, wachte er ständig auf, wenn er sich im Bett umdrehte. Der Schmerz war immer da. Er zog sich von der Leistenengegend bis hinunter in die Beine. Um den Tag halbwegs zu überstehen, griff der 55-jährige Einzelhandelskaufmann zu Tabletten.

Irgendwann hielt er es aber nicht mehr aus und ließ sich in der Orthopädie-Ambulanz im Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum Steyr untersuchen. Die Diagnose ließ keine Zweifel offen: Hüftgelenksarthrose. Die Knorpel auf Hüftkopf und Hüftpfanne waren völlig abgenutzt. Da hilft nur noch eine Operation, sagte sein behandelnder Arzt. Roland, der seinen richtigen Vornamen nicht öffentlich machen will, brauche ein künstliches Hüftgelenk. „Als ich dann gefragt habe, wann ich operiert werde, ist mir die Luft weggeblieben“, erzählt der 55-Jährige. Der nächste freie Termin für eine OP sei nämlich erst in gut einem Jahr, wurde ihm mitgeteilt. „Ein

Freund hat mir geraten, mich woanders privat operieren zu lassen. Da kommt man gleich dran. Aber das hätte rund 5.000 Euro gekostet und das Geld habe ich nicht“, so Roland zum AK-Report. Also biss er die Zähne zusammen, schluckte weiter Schmerzmittel und wartete auf den regulären OP-Termin im Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum.

Lebensqualität stark eingeschränkt

So wie Roland geht es tausenden anderen Patient:innen in Österreich, die eine OP brauchen. Wer nicht zahlt, kommt später dran. Trotz heftiger Schmerzen. Und obwohl die Lebensqualität der Betroffenen stark eingeschränkt ist. Unser Gesundheitssystem ist krank! Das

» Die extrem langen Wartezeiten bei gewissen Eingriffen sind für die Betroffenen nicht zumutbar. «

Michael Wall, Oberösterreichs Patientenanwalt

bestätigt Branko Novakovic, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates am Kepler Universitätsklinikum (KUK) Linz (siehe auch Interview Seite 6). „Dass wir mittlerweile

eine Zwei- oder sogar Drei-Klassen-Medizin haben, ist kein Geheimnis. Es sind nicht die Leute in den Krankenhäusern, die Schuld daran haben. Es ist die Politik, die verantwortlich ist. Es wird zwar etwas getan, aber man muss noch viel mehr machen“, sagt Novakovic.

Für ihn ist es unverständlich, dass die Politik erst jetzt auf die demografische Entwicklung reagiert, die seit 50 Jahren bekannt ist. Was Novakovic damit meint? Nun, es ist nicht erst seit heute bekannt, dass in den Spitälern viele Ärzt:innen und Pflegekräfte fehlen. „Die Situation in den Krankenhäusern wird in den nächsten fünf Jahren nicht besser. Im Gegenteil. Eine Verbesserung wird es erst geben, wenn das Gesundheitssystem der Politik tatsächlich am Herzen liegt“, erklärt der Chef des KUK-Zentralbetriebsrates.

Michael Wall, Oberösterreichs Patientenanwalt, spricht ebenfalls Klartext: „Die extrem langen Wartezeiten bei gewissen Operationen wie Hüfte oder Knie sind für die betroffenen Patientinnen und Patienten nicht zumutbar. Vor allem im Zentralraum unseres Bundeslandes dauert es wirklich sehr lange, bis man drankommt.

Während es etwa im Innviertel deutlich schneller geht“, sagt Wall.

Aktuell muss man im Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum Steyr 76 Wochen, also gut eineinhalb Jahre, auf eine Hüft- oder Knie-OP warten. Nachzulesen ist das auf der Homepage der Oberösterreichischen Gesundheitsholding (www.ooeg.at). „Nur“ 46 Wochen sind es im KUK in Linz, 52 Wochen im Klinikum Wels-Grieskirchen. Wer ein neues Hüft- oder Kniegelenk braucht, sollte besser ins Innviertel übersiedeln. Im Krankenhaus St. Josef in Braunau kommt man bereits nach sechs Wochen unters Messer.

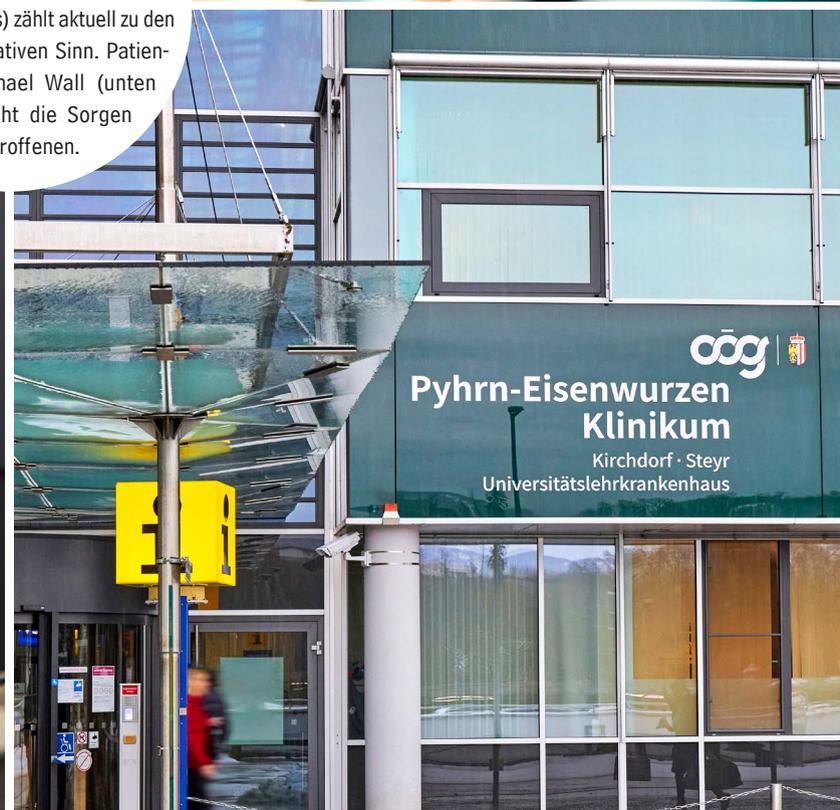
Eine Frage des Geldes

„Es kommt sicher darauf an, wo man wohnt“, sagt KUK-Betriebsrat Novakovic. „Und es ist auch eine Frage des Geldes. Viele haben nicht die finanziellen Möglichkeiten, um einen früheren OP-Termin zu bekommen“, ergänzt Patientenanwalt Wall. Dass im Gesundheitswesen mit „Kohle“ alles viel schneller geht, hat auch Pensionist Gustav Kraftschik vor einigen Jahren mitbekommen, als er noch in der voestalpine beschäftigt war. „Mein Meniskus spielte nicht mehr mit. Ich musste operiert werden.“

Weiter auf Seite 6 »»



Wer ein künstliches Hüftgelenk oder ein neues Knie braucht, muss ewig lange warten. Das Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum in Steyr (unten rechts) zählt aktuell zu den Hotspots im negativen Sinn. Patientenanwalt Michael Wall (unten links) versteht die Sorgen der Betroffenen.





Pensionist Gustav Kraftschik hat schon negative Erfahrungen mit unserem Gesundheitssystem gemacht.

Der Termin wäre sechs Monate nach meiner Untersuchung gewesen. Als ich erwähnte, das ich zusatzversichert bin, habe ich innerhalb von zwei Tagen einen OP-Termin bekommen“, berichtet der Ansfeldner. Mittlerweile hat Gustav Kraftschik keine Zusatzversicherung mehr („Konnte ich mir als Pensionist nicht mehr leisten“) und macht derzeit als „normaler“ Patient seine Erfahrungen mit unserem kranken Gesundheitssystem. Der 72-Jährige hat einen Leisten-

bruch und wartet darauf, operiert zu werden. OP-Termin in weiter Ferne! „Es ist ein ungutes Gefühl. Ich darf nichts Schweres heben und muss ständig aufpassen. Ich bin froh, wenn alles vorbei ist“, so Gustav Kraftschik.

Gleichheitsprinzip außer Kraft

Eigentlich beruht das österreichische Krankenversicherungssystem auf dem Gleichheitsprinzip. Alle

Versicherten sollen die gleiche medizinische Versorgung erhalten, die keine käufliche Ware ist. Der Unternehmenserbe müsste genau so lang auf einen OP-Termin warten wie die alleinerziehende Kellnerin. „Allein der Kontostand dürfte keinen Einfluss auf den Zeitpunkt der Behandlung haben. Die Schwere des Falls hingegen schon“, stellt KUK-Betriebsratschef Branko Novakovic klar.

Ehestmögliche Terminvergabe

Wie Spitäler Operationen organisieren, wird durch das Krankenanstaltsgesetz geregelt, das von Bundesland zu Bundesland verschieden ist. So muss sich etwa das Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum an die oberösterreichische Version halten. Und dort heißt es in Paragraf 28 eindeutig: „Die Terminvergabe hat ehestmöglich und ausschließlich nach medizinischen Gesichtspunkten sowie nach betriebsorganisatorischen und sozialen Aspekten zu erfolgen.“

Für den 55-jährigen Roland klingt das wie Hohn! „Ein Jahr auf eine Hüft-OP zu warten, fällt nicht gerade unter den Begriff ehestmöglich“, so der Mann aus dem Großraum Steyr, dem es zum Glück nach einer langen Leidenszeit mittlerweile wieder gut geht. ◀

michael.petermair@akooe.at



Branko Novakovic
Zentralbetriebsrat
Kepler Universitätsklinikum

„Unser Gesundheitssystem ist krank“

AK-Report: In manchen Spitälern muss man auf eine Hüft-OP mehr als ein Jahr lang warten. Bei Eingriffen im Knie ist es nicht viel anders. Warum ist das so?

Novakovic: Personalmangel! Zu wenige Ärzt:innen, zu wenig Pflegepersonal. Dann gibt es auch einen Stau von Operationen, die durch Corona abgesagt werden mussten. Unser Gesundheitssystem ist krank. Und es wird sich in den nächsten fünf Jahren nichts verbessern.

Wer ist schuld an der Situation?

Ganz sicher nicht die Krankenhäuser. Für die Gesundheitsversorgung ist die Politik zuständig. Man kann nicht sagen, dass gar nichts gemacht wird. Aber zu wenig. Ich verstehe nicht, dass die Politik erst jetzt auf die demografische Entwicklung reagiert, die seit 50 Jahren bekannt ist.

Was meinen Sie genau damit?

Nun, wir wissen nicht erst seit heute, dass wir

zu wenig Personal in unseren Krankenhäusern haben. Es muss die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht werden. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung. Sonst wird sich nichts ändern.

Sie glauben an keine Trendumkehr?

Doch. Wenn unser Gesundheitssystem der Politik tatsächlich am Herzen liegt und weiter kräftig investiert wird.

Der Weg zum Kinderland Nummer 1 ist noch weit

Nachmittagsgebühren, zu kurze Öffnungszeiten, überlastete Pädagog:innen. Bei der Kinderbetreuung in Oberösterreich gibt es noch viele Baustellen.

Theresa Schedlberger ist Leiterin der Krabbelstube Wirbelwind in Wels. Sie weiß, dass die Betreuung der Kleinsten alles andere als ein Kinderspiel ist: „Viele Eltern sind berufstätig und brauchen die Krabbelstuben. Zum Glück verstehen immer mehr Leute unsere Einrichtung auch als Bildungsstätte. Nicht nur als eine Aufbewahrungsstätte für die Kinder.“ Was immer wieder zu Problemen führt, sind fehlende Plätze in den Krabbelstuben. Das liegt auch daran, dass Pädagog:innen nur schwer zu finden sind. „Ich wünsche mir hier in der Ausbildung schon mehr Praxisbezug. So würde man den Einstieg erleichtern. Dann würden vielleicht mehr Schülerinnen und Schüler auch später im Beruf bleiben“, so Theresa Schedlberger. Aber auch für Quereinsteiger:innen braucht es attraktive Aus- und Weiterbildungsangebote.

Oberösterreich im Hintertreffen

Die EU will den Anteil der Kinder in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen erhöhen. Bei der Erreichung dieser „Barcelona-Ziele“ für das Jahr 2030 hinkt Oberösterreich aber noch hinterher. Laut AK-Studie (siehe QR-Code) fehlen bei Kindern unter drei Jahren knapp 7.400 Betreuungsplätze – derzeit gibt es etwa 9.450. Bei Plätzen, die Eltern eine Vollzeitarbeit ermöglichen und damit die „VIF-Kriterien“ (Vereinbarkeitsindikator Familie & Beruf) erfüllen, gibt es in Oberösterreich derzeit von rund 8.400 geforderten, nur 2.275 Plätze. Der Aufholbedarf ist enorm. Das Barcelona-Ziel 2030 für Drei- bis Sechsjährige ist beinahe erreicht. Bei derzeit ca. 44.800



Theresa Schedlberger leitet die Krabbelstube Wirbelwind in Wels.

Plätzen fehlen nur etwa 880 zur Zielerreichung. Bei vollzeittauglichen Plätzen schaut es schlechter aus. Im österreichischen Durchschnitt wäre für jedes zweite Kind ein VIF-Platz vorhanden. In Oberösterreich trifft das nur für etwas mehr als jedes vierte Kind zu. Was sowohl im Kindergarten als auch in den Krabbelstuben bremst, sind die Gebühren für die Nachmittagsbetreuung. Viele Familien können diese kaum aufbringen. Bei den Öffnungszeiten ist die Krabbelstube Wirbelwind eine Vorzeigeeinrichtung. „Ursprünglich hatten wir von sieben bis halb fünf offen.

Das war vielen Eltern aber zu kurz. Darum haben wir jetzt bis fünf Uhr offen. Das erleichtert es den Eltern enorm, alles unter einen Hut zu bringen“, so die Leiterin Theresa Schedlberger.

Mehr Plätze und mehr Personal

Wenn sie sich etwas wünschen könnte, wäre das „mehr Budget für mehr Einrichtungen und dass man damit die bestehenden Krabbelstuben auch weiterhin mit ausreichend Personal erhalten kann.“

gabriele.fehringner@akooe.at

Barcelona-Ziele: EU-Kinderbetreuungsziele, die den Anteil der Kinder in formellen Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Krabbelstuben) erhöhen sollen.

VIF-Kriterien: Einrichtungen müssen an mindestens 47 Wochen im Jahr und 45 Stunden pro Woche geöffnet sein. Jeweils Montag bis Freitag, an vier Tagen zumindest 9,5 Stunden. Und ein Mittagessen anbieten.



Laura Kepplinger
AK-Bildungsexpertin

Bildung für die Kinder

Was es in Oberösterreich für gute Kinderbildung braucht, weiß die AK-Bildungsexpertin Dr.ⁱⁿ Laura Kepplinger.

AK-Report: *Wo gibt es in Oberösterreich noch Aufholbedarf?*

Kepplinger: Der Bund hat finanzielle Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung versprochen. Es reicht aber nicht, Gelder bereitzustellen, ohne konkreten Plan, was damit gemacht werden soll. Was wirklich fehlt, ist das Bewusstsein, dass unsere Kinder das beste Umfeld für ihre Entwicklung brauchen. Unsere Gesellschaft braucht qualitätsvolle Kinderbildungseinrichtungen.

Wie kann dieses beste Umfeld geschaffen werden?

Der Beruf der Pädagog:innen ist anspruchsvoll und verantwortungsvoll. Sie brauchen gute Arbeitsbedingungen, bessere Entlohnung, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch bei der Gestaltung der Kindergärten und Krabbelstuben muss mitgedacht werden, dass sich Kinder und Erwachsene wohl fühlen. Genug Platz, Licht, Außenfläche. Es braucht einen starken politischen Gestaltungswillen.

Wird Oberösterreich einmal Kinderland Nummer 1?

Kinderbildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Wenn verstanden wird, dass jeder Euro, den man investiert, vielfach wieder zurückkommt, wird auch genug getan, um schnell das Kinderland Nummer 1 zu werden.



Hier geht's zur
AK-Studie

Im „Unpackbar“ füllt man sich wohl

Der Verpackungswahn scheint nicht am Ende zu sein. Doch verpackungsfrei einkaufen ist möglich, zum Beispiel im Linzer „Unpackbar“-Laden.

Wer kennt das nicht: Gurken in der Plastikfolie, Eier oder Mandarinen im Plastikbecher – der Verpackungswahn hat skurrile Dimensionen erreicht. Laut WWF Österreich verursachen die Österreicher:innen allein aus leeren Verpackungen im Durchschnitt 150 Kilogramm Müll pro Person. Klar: Plastik ist leicht, bruchfest, billig und in verschiedenen Formen herstellbar – vom Sackerl bis zum Abflussrohr. So vielfältig Plastik einsetzbar ist, so problematisch ist seine Entsorgung. Denn Plastikverpackungen werden oft nur einmal verwendet und dann weggeworfen.

Konsequent auf Verpackung verzichten

Immer mehr Menschen wollen da nicht mehr mitmachen. Auch Christina Liu und Tina Prückl. Auf den Tipp einer Freundin hatten die beiden einen sogenannten „Zero waste“-Workshop in Wien besucht und daraufhin vor rund vier Jahren



Im „Unpackbar“-Laden von Christina Liu und Tina Prückl gibt es nur unverpackte Waren. So wird die Müllflut effektiv bekämpft.

ihren „Unpackbar“-Laden in der Linzer Harrachstraße eröffnet. Dort kann man beim Einkauf konsequent auf Verpackung verzichten. Dafür müssen die Kund:innen die Behälter selbst mitbringen. Ob Gläser, Brotdosen oder Beutel, Hauptsache, die Öffnung ist genügend groß. „Sogar einen Kopfpolsterbezug hat schon einmal eine Kundin verwendet“, sagt Christina Liu. Die Behälter werden im Laden gewogen, das Gewicht wird notiert und später vom Gesamtgewicht abgezogen. Alle Produkte füllt die Kund:

schaft aus den Spendern direkt ins mitgebrachte Gefäß und schon wird aktiv Müll vermieden. „Das Sparpotential ist enorm“, sagt die gelernte Grafikerin Tina Prückl.

Mengen nach eigenen Bedürfnissen bestimmen

Ein weiterer Vorteil: Die Menge wählen die Kund:innen frei. Man kann also die Anzahl der Wäsche-Tabs oder Abschmink-Pads ganz auf seine persönlichen Bedürfnisse abstimmen. „Mogelpa-

ckungen“ mit viel Luft und wenig Inhalt gibt’s somit nicht. Mehrere tausend Alltagsprodukte umfasst das „Unpackbar“-Angebot mittlerweile. Demnächst gibt es auf der Homepage unpackbar-laden.at sogar das gesamte Sortiment zu sehen. Einen Wunsch fürs neue Jahr haben Prückl und Liu: „Wir suchen für unser Geschäft nach einer besseren Lage mit mehr Lauf-frequenz, damit unsere Idee vom müllfreien Einkauf noch populärer werden kann.“

hans.promberger@akooe.at

Buntes Konzertprogramm auf der Burg Clam

Pop, Rock, oder experimentelle Sounds: Auch 2024 geht es auf der Burg Clam wieder so richtig heiß und oft laut her. Auch im kommenden Konzert-Sommer ist für jeden Geschmack etwas dabei. Wanda, Seiler und Speer und die Sportfreunde Stiller rocken die Bühne, Superstars wie Herbert Grönemeyer oder Take That laden mit ihren Hits zum Mitsingen ein und Philipp Hochmair performt live mit der Elektrohand Gottes. Dazu kommen musikalische Größen wie Status Quo, Uriah Heep und Nazareth bei „Clam Rock“ am 5. Juli 2024. Seit

mittlerweile mehr als 30 Jahren ist die Burg Clam mit „Clam Live“ ein Garant für außergewöhnliche Konzertabende.

Mit der AK-Leistungskarte günstig zum Konzert

Besonderes Zuckerl: Mit Ihrer AK-Leistungskarte bekommen Sie die Eintrittskarte um 15 Euro günstiger. Holen Sie sich Ihr Ticket zum Sonderpreis in jeder AK-Bezirksstelle. Achtung: Pro Leistungskarte gibt es nur ein Ticket! Das Programm finden Sie auf www.clamlive.at.



Im Krankenstand gefeuert: Rechnung ohne die AK

Immer wieder trennen sich Unternehmer schnell von erkrankten Mitarbeiter:innen, um sich vermeintlich Kosten zu sparen. So auch im Fall eines Busfahrers aus dem Bezirk Freistadt. Nach zweieinhalb Jahren im Betrieb wurde er im Krankenstand gekündigt. Seine Entlohnung wurde mit dem Kündigungstermin eingestellt. Laut Gesetz muss aber der Arbeitgeber im Falle einer längeren Erkrankung den Lohn über den Kündigungstermin hinaus weiterzahlen. Im konkreten Fall acht Wochen ab Krankheitsbeginn den vollen, und weitere vier Wochen den halben Lohn. Auch Ausbildungskos-

ten wurden dem Mann bei der Endabrechnung abgezogen, was bei einer Kündigung durch den Arbeitgeber nicht zulässig ist. Und er erhielt ein negativ formuliertes Dienstzeugnis. Auch das ist verboten. Ein Arbeitszeugnis darf nichts enthalten, das Arbeitnehmer:innen eine spätere Bewerbung erschwert.

Mit AK-Hilfe Erfolg in allen Punkten

Die AK Freistadt forderte für den Arbeitnehmer alle offenen Ansprüche ein. Mit Erfolg! Der Mann bekam fast 5.000 Euro nachgezahlt und ein korrektes Dienstzeugnis.

AK erkämpft besseren Rollstuhl für Pensionisten

Für einen invaliden Pensionisten erkämpfte die Arbeiterkammer Linz einen elektrischen Rollstuhl im Wert von 8.600 Euro. Der Mann war in Folge eines Arbeitsunfalles gehunfähig geworden. Die Unfallversicherung (AUVA) stellte ihm einen manuellen Rollstuhl zur Verfügung. Diesen konnte er aber nur innerhalb seiner Wohnung benutzen, im Außenbereich war es zu steil. Seine Mobilität war dadurch massiv eingeschränkt. Trotz Empfehlung seiner behandelnden Ärztin verweigerte ihm die AUVA aber die Aufzahlung auf einen elektrischen Rollstuhl, den er zur Fortbewegung im Freien dringend be-

nötigte. Zum Glück wandten sich Angehörige des Mannes an die Arbeiterkammer um Hilfe.

*Lebensqualität
deutlich verbessert*

Nach Studium des Falles kam die zuständige AK-Rechtsberaterin ebenfalls zu dem Schluss, dass dem Mann ein elektrischer Rollstuhl zustand und brachte den Fall vor Gericht. Nach nur einem Verhandlungstermin lenkte die AUVA ein und übernahm den Aufpreis für das Fahrzeug. Ein wichtiger Erfolg, der die Lebensqualität des Betroffenen entscheidend verbesserte.



FILM AB!

AK-Kinogenuss pur

Die nächste Runde der AK-ORF-Aktion „Film AB!“ in allen Star Movie Kinos Oberösterreich bringt AK-Mitglieder diesmal in den Genuss eines österreichischen Films: „Andrea lässt sich scheiden“ ist ein Drama von und mit Josef Hader. In einer der Hauptrollen: Birgit Minichmayr. Mitglieder der Arbeiterkammer Oberösterreich können einen exklusiven Kinogenuss erleben: AK, ORF und Star Movie Kinos laden ein. Einfach den QR-Code scannen und mit etwas Glück einen kostenlosen Kinoabend gewinnen. Los geht's am 28. Februar in allen Star Movie Kinos in ganz Oberösterreich. Viel Glück beim Gewinnspiel und gute Unterhaltung beim AK-Kinogenuss!



© 2024 Filmladen Filmverleih
Filmerlebnis mit Josef Hader.



Beruf Hufschmied: „Fußpflege“ und Gesundheitsvorsorge für Pferde

Wenn der Bus von Stefan Weichselbaumer anrollt, schnauben die Rösser bereits erwartungsvoll. Denn ihr Hufpfleger ist eingetroffen.

Stefan Weichselbaumer ist seit drei Jahren begeisterter und professioneller Hufschmied. Bei Plasser & Theurer hat er Elektromechanik für Schwachstrom gelernt. Seit 1997 arbeitet er für den Produzenten von Eisenbahnmaschinen und seit 2002 ist er auch Betriebsrat. 2020 brach seine erbliche Vorbelastung durch: Stefan Weichselbaumer absolvierte die Ausbildung zum Hufschmied. „Schon mein Urgroßvater und mein Großvater waren Hufschmiede. Dann hat die Leidenschaft für diesen Beruf eine Generation übersprungen und landete mit etwas Verspätung bei mir.“

Oft nach Arbeitsende bei Plasser & Theurer und an Wochenenden ist der Mühlviertler aus Schönau mit seinem Bus zu den Pferdehöfen Oberösterreichs unterwegs. Mit dabei hat er alles,



Stefan Weichselbaumer ist seit fast vier Jahren begeisterter Hufschmied.

was ein Hufschmied so braucht: Amboss, Ofen, Werkzeug, Rohlinge für Hufeisen und die Nägel dazu. „Die Hufe der Pferde benötigen alle sechs bis acht Wochen Pflege, wie zum Beispiel das Ausschneiden. Um ein Pferd kom-

plett mit neuen Eisen zu beschlagen, brauche ich etwa eineinhalb Stunden.“

Hufschmiede sind auch für die Gesundheit der Tiere wichtig. „Früher haben Hufschmiede sich sogar um die Zähne der Pferde ge-

kümmert“, erzählt Stefan Weichselbaumer. „Das ist jetzt der Job der Tierärztinnen und Tierärzte.“

Immer mehr Pferdehufe werden nicht mehr mit Eisen beschlagen, sondern mit Kunststoff. „Das hat viele Vorteile wie eine bessere Dämpfung auf Asphalt und Stein“, so Weichselbaumer.

*Berufsverband kämpft für
Regulierung des Gewerbes*

Hufschmied ist seit 2017 ein freies Gewerbe. Stefan Weichselbaumer ist dafür, den Beruf wieder zu regulieren – nicht zuletzt im Interesse der Gesundheit der Tiere. „Hufbeschlag, bei dem schon kleinste Fehler schwerwiegende Folgen für das Pferd haben können, gehört in die Hände von bestens ausgebildeten Fachkräften“, meint Weichselbaumer. Die dreijährige Lehre zum Hufschmied ist dabei ein guter Weg in den Beruf. In Österreich gibt es derzeit nur rund 400 Hufschmiede, die dem Berufsverband angehören. Arbeit haben sie jedenfalls genug: Der Pferdesport erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit.

rainer.brunhofer@akooe.at

Im März 2024 findet die AK-Wahl statt

Jede Stimme stärkt die Vielen

Wie stark die AK ist und welchen Kurs sie einschlägt, liegt in der Hand der Mitglieder. Die Beschäftigten können ihre Stimme bei der AK-Wahl von 5. bis 18. März 2024 abgeben. Wählen kann man entweder direkt im Betrieb oder per Briefwahl. Die nötigen Infos zur Wahl kommen per Post.

Im Super-Wahljahr 2024 werden nicht nur das Europaparlament und der Nationalrat gewählt, sondern auch das Parlament der Arbeitnehmer:innen. Die AK-Wahlen finden von 5. bis 18. März statt. Alle fünf Jahre wählen die Mitglieder in einer direkten und geheimen Wahl die „AK-Vollversammlung“, ähnlich wie bei der Landtagswahl. Mit ihrer Wahlentscheidung bestimmen die Mitglieder den politischen Kurs der Arbeiterkammer. Warum es so wichtig ist, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen? Jede Stimme stärkt die AK und somit die Interessenvertretung von 690.000 Beschäftigten in Oberösterreich. Die AK steht ihren Mitgliedern in vielen Lebensbereichen zur Seite. Etwa



Mag.^a Ulrike Weiß
Leiterin AK-Konsumentenschutz

Hilfe für Konsumenten

„Mit unseren Tests und Preisvergleichen liefern wir den Menschen in Oberösterreich zuverlässige und unabhängige Informationen, die sie sonst nirgendwo bekommen und die ihnen das Leben erleichtern. Bei Konsumentenfragen helfen wir im Einzelfall, wenn jemand zu viel bezahlt oder Ärger mit einem Unternehmen hat. Wir prüfen auch Vertragsbedingungen, wie zum Beispiel bei Fitnessstudios, und fordern faire Bedingungen ein. Oder wir starten Musterklagen – derzeit etwa gegen die Check-In-Gebühren am Flughafen.“

bei rechtlichen Fragen und Problemen in der Arbeit. Sie kämpft dafür, dass alle Arbeitnehmer:innen zu ihrem Recht kommen, wenn nötig auch vor Gericht. Zum Beispiel bei vorenthaltenen Löhnen und Gehältern, bei zu niedrigen Leistungen nach Arbeitsunfällen, falschen Pflegegeldeinstufungen und um nach einer Insolvenz die Ansprüche der Beschäftigten des insolventen Unternehmens zu sichern.

spielsweise Produkte und Dienstleistungen und schauen, ob diese halten, was sie versprechen. Tun sie das nicht, warnen sie die AK-Mitglieder und stellen die Unternehmen zur Rede. Wo das Angebot schwer überschaubar ist, bietet der Konsumentenschutz Preisvergleiche an, mit denen sich oft viel Geld sparen lässt.

Bildungswunsch? Die AK unterstützt mit Beratung

Ein weiteres Service für die Beschäftigten ist die Bildungsberatung der AK. Wer Fragen zu Bildungsförderungen, Nachholen von Abschlüssen oder zu Beruf und Studium hat, kann sich kostenlos beraten

Produkttests und Preisvergleiche

Ein weiteres großes Aufgabengebiet ist der Konsumentenschutz. Die AK-Expert:innen testen bei-



Nursin Elgit
wurde im Krankenstand gekündigt – die AK half ihm

Die AK hat mir geholfen

„Mein Kollege und ich waren vier Monate auf einer Baustelle, wo wir den Balkon und die Terrasse im ersten und zweiten Stock abgedichtet haben. Oft gab es dort keinen Kran. Darum mussten wir alles händisch hinaufschleppen, bis zu 70 Kilo auf einmal. Davon habe ich so starke Rückenschmerzen bekommen, dass ich nicht mehr arbeiten konnte. Mein Chef hat mir unterstellt, dass ich unberechtigt ausgetreten bin. Die AK konnte klarstellen, dass es eine Kündigung war. Sie hat 2.300 Euro für mich herausgeholt. Dafür bin ich der AK sehr dankbar.“

AK



Oberösterreich 5. – 18. März 2024

lassen. Telefonisch, per Mail oder in einem persönlichen Gespräch. AK-Mitglieder erhalten außerdem Ermäßigungen auf Kurse des BFI und der Volkshochschulen. Und der AK-Bildungsbonus fördert bestimmte Kurse mit bis zu 150 Euro.

Damit das Leben wieder leistbar wird

Neben den Service-Angeboten und rechtlichen Unterstützungen ist die AK auch eine starke Partnerin, wenn es um ein gutes Leben für alle geht. Besonders in den vergangenen Jahren hatten viele Arbeitnehmer:innen mit der Teuerung zu kämpfen. Für manche ist das Leben kaum noch leistbar. Eine große Belastung für viele Haushalte sind die Ausgaben für das Wohnen. Als Interessenvertreterin macht sich die Arbeiterkammer zum Beispiel für eine Mietpreisbremse, mehr sozialen Wohnbau und einen steuerlichen Absetzbetrag für Wohnkosten in Miete und Eigentum stark. Und damit die Forderungen auch wirklich den Bedürfnissen der Mitglieder entsprechen, fragt die AK ihre Wünsche, Sorgen und Anliegen regelmäßig ab. Etwa mit dem Arbeitsklima Index oder mit dem Wohnzufriedenheitsindex.

Mit der Teilnahme bei der AK-Wahl 2024 von 5. bis 18. März wird die Arbeiterkammer Ober-

österreich gestärkt. Nur so kann sie ihr Angebot für die Beschäftigten ausbauen und weiterhin eine starke Stimme für die Arbeitnehmer:innen sein.

Wie kann man nun von seinem Wahlrecht Gebrauch machen? Das hängt davon ab, ob der oder die Wähler:in in einem Unternehmen mit Betriebswahlsprenkel arbeitet oder nicht. Wenn ja, kann direkt im Betrieb gewählt werden. Ansonsten wird die Stimme per Briefwahl abgegeben. Alle wichtigen Informationen sowie die Briefwahlunterlagen werden per Post zugesandt.

bianca.karr@akooe.at



Gabriele Bernauer
arbeitet in der Familienhilfe

Nie zu spät für Veränderung

„Ich habe überlegt, wie ich die zehn Jahre bis zur Pension noch gestalten will. Wo gehen meine Interessen hin und wie passen sie mit meinem Beruf zusammen? Von meinen Freunden kam der Hinweis: ‚Ruf bei der Arbeiterkammer an, die sind gut‘. Beim Online-Gespräch wurden in einer Stunde alle meine Fragen beantwortet und ich hatte danach einen genauen Plan. Jetzt freue ich mich auf zwei Jahre Bildungsteilzeit und meine Ausbildung in der Wildnispädagogik. Es bereichert meine Arbeit. Tipp an alle, die über eine Weiterbildung nachdenken: Wagt es! Es ist nie zu spät.“



Dr. Heinz Stöger
AK-Experte für den „Wohnzufriedenheitsindex“

Wohnen muss leistbar sein

„Es ist ein Herzensanliegen von mir, dass das Grundrecht Wohnen für alle leistbar ist. Als Arbeiterkammer setzen wir uns für einen Mietpreisdeckel ein, damit alle Mieten maximal zwei Prozent im Jahr steigen. Und auch die Wohnbeihilfe muss repariert werden. Es gibt zu viele bürokratische Hürden und der Bezieherkreis ist viel zu klein. Außerdem braucht es einen massiven Ausbau des sozialen Wohnbaus. Das dämpft die Mietpreise auch bei den privaten Wohnungen. Damit wir genau über die Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen der Menschen Bescheid wissen, haben wir den AK-Wohnzufriedenheitsindex eingeführt – ein Herzensprojekt von mir.“

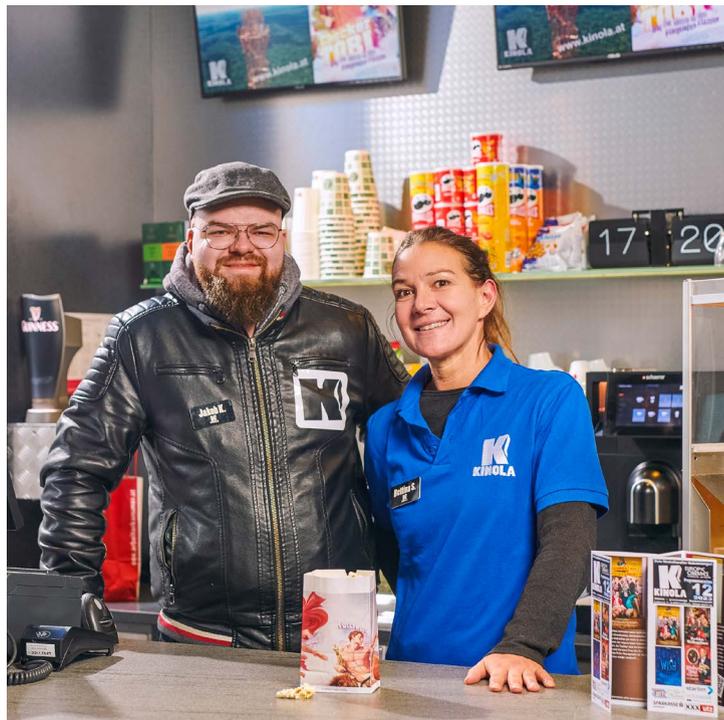
Arbeiten im Kino: „Weil wir Filme einfach lieben“

Anspruchsvolles Programmkino am Land? Jakob Kramer und Bettina Schibler helfen mit, Filmkunst in Lambach erleben zu können.

Schon 1914 liefen in Lambach erstmals bewegte Bilder über die Leinwand im Gartensalon der damaligen Brauerei. Rauchfangkehrermeister Ferdinand Grassinger eröffnete dann 1928 jenes Lichtspieltheater. Heute wird es vom Kino-, Kunst- & Kulturverein K3 im Leitenbräuhaus mit zwei Sälen betrieben.

Vom Film-Wikinger zum Film-Vorführer

Der Enkel des Gründers und ehrenamtliche Geschäftsführer Jürgen Grassinger kann sich auf seine engagierten Mitarbeiter:innen verlassen, ob beim Ticketverkauf, beim Buffetedienst, bei Tipps für die Programmierung oder bei der Bedienung der Ton- und Lichttechnik. So wickelt Jakob Kramer als Vorführer die Vorstellungen technisch



Jakob Kramer und Bettina Schibler sorgen dafür, dass das Publikum im Kino Lambach spannende, lustige, jedenfalls unterhaltsame Stunden verbringen kann.

ab. Hier hat er seinen Traumjob gefunden. Der 29-jährige Welser war immer schon filmbegeistert. Vor allem Actionfilme haben es ihm angetan. Er stand sogar für einen Freund, einen ambitionierten Amateurfilmer, als Wikinger vor

der Kamera. „Gedreht haben wir damals am Dachstein“, so Kramer. Aus der Schauspielkarriere wurde nichts, auch der Film flimmerte nie über eine Leinwand. Aber Kramer sitzt ohnehin lieber im Vorführzimmer und sorgt für eine pannen-

freie Filmvorführung. Nach längerer Jobsuche steht für ihn fest: „Ich gehe sicher nicht mehr zum AMS zurück.“

Tagsüber Arztpraxis, abends Kino-Theke

Bettina Schibler schupft das Buffet vor Filmbeginn. Die zweifache Mutter arbeitet tagsüber als Zahnarzt-Assistentin und versorgt vier Abende pro Woche das Kino-Publikum mit Popcorn und Getränken. Was sie besonders motiviert? „Wenn ein Film gut ankommt, ist es einfach toll, die begeisterten Gesichter zu sehen. Manchmal kommt ein älteres Ehepaar extra aus Salzburg zu uns, weil wir die richtigen Filme spielen.“ Dass am Sonntag spielfrei ist und so alle Zeit für Freund:innen oder Familie haben, ist ein weiterer Vorteil. Schibler selbst bevorzugt französische Filme. „Die sind tiefgründiger, gemütlicher, schön erzählt und haben ein ganz eigenes Flair.“

Nicht nur das Publikum schätzt das Engagement der Lambacher Filmliebhaber:innen. Immer wieder präsentieren preisgekrönte Regisseur:innen hier ihre Werke, etwa Robert Hofferer und Adrian Goiginger. Das Kino-Team blickt hoffnungsfroh in die Zukunft: „Weil wir unsere Kinosäle auf dem neuesten Stand halten und mit einem breiten Angebot versuchen, die besten Filme anzubieten.“

hans.promberger@akooe.at



DAS STECKT DAHINTER

Rollierende Inflation statt Ratespiel

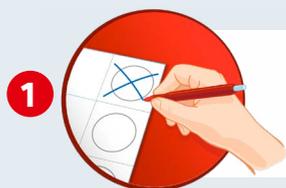
Die Inflationsrate als Maß ist vielen Menschen bekannt. Weniger bekannt ist die „Rollierende Inflation“. Dieses besondere Inflationsmaß wird bei Verhandlungen von Kollektivverträgen angewendet. Dabei addiert man die letzten zwölf Inflationsraten und dividiert die Summe durch zwölf. Das ist gut und gerecht, denn mit den vorliegenden Inflationsraten verhandelt man auf Basis von Daten. Alles andere wäre ein Ratespiel oder ein Blick in die Kristallkugel. Denn die Zukunft kennt keiner. Schließlich sollen Lohnverhandlungen in Österreich aus Arbeitnehmersicht zumindest die zurückliegenden Preissteigerungen abdecken. Das ist eine gut etablierte Praxis. Daran zu rütteln, bedeutet Irritationen.

Auflösung von Seite 2 „Gut zu wissen“

Antwort b) ist richtig. Eine Befragung zum Österreichischen Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich zeigt, dass beinahe die Hälfte aller Beschäftigten, nämlich 46 Prozent, heuer an zumindest einem Tag trotz gesundheitlicher Einschränkung gearbeitet haben, anstatt sich auszukurieren.

DIE BRIEFWAHL – SO EINFACH GEHT'S:

AK WAHL 2024
Oberösterreich 5.–18. März 2024



1 Stimmzettel ankreuzen –
unbeobachtet und unbeeinflusst.



2 Angekreuzten Stimmzettel
in das blaue Kuvert stecken
(nur einen Stimmzettel!).



3 Das weiße Kuvert (= Wahlkarte)
abtrennen und das blaue Kuvert
hineingeben (nur ein blaues Kuvert!).



4 Das weiße Kuvert zukleben und bis
spätestens 18. 3. 2024 zur Post geben
(Wahlkarte muss bis spätestens 21. 3. 2024
im AK-Wahlbüro einlangen).

5.000 Euro mit Hilfe der AK erkämpft

Die AK Oberösterreich berät und vertritt ihre Mitglieder in vielen Angelegenheiten. Zumeist mit Erfolg. So auch im Fall von Tamara Nussbaumer.

Nachdem sie ihren Job als Diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin gekündigt hatte, begann für Tamara Nussbaumer aus St. Georgen im Attergau ein Rechtsstreit mit ihrer früheren Arbeitgeberin, den sie nicht für möglich gehalten hatte. „Sie haben mir nach der Kündigung alle möglichen Steine in den Weg gelegt. Dank der Hilfe der AK blieben mir einige Strapazen und viel Zeit erspart. Dafür bin ich sehr dankbar“, sagt die 43-Jährige heute.

Gehalt und Urlaubsgeld nicht ausbezahlt

Aber alles der Reihe nach: Tamara Nussbaumer war sechs Monate lang bei einer Privatperson im Bezirk Vöcklabruck angestellt. Im Juli hatte sie ihren Job gekündigt. Nachdem sie bemerkt hatte, dass sie das letzte Monatsgehalt und das Urlaubsgeld nicht ausbezahlt bekommen hatte, forderte sie die Nachzahlung der offenen Ansprüche selbst mehrmals



„Dank des fundierten Wissens und großen Einsatzes der AK bin ich zu meinem Recht gekommen“, sagt Tamara Nussbaumer.

schriftlich bei der Arbeitgeberin ein. Vorerst vergeblich. Anstatt ordnungsgemäß abzurechnen, blieb sie der Arbeitnehmerin nicht nur die offenen Zahlungen, die Arbeitspapiere und ein Dienstzeugnis schuldig. Besonders dreist war auch, dass die Kosten für eine nötige Fachausbildung gegengerechnet wurden.

Das wollte sich Tamara Nussbaumer nicht gefallen lassen. Nachdem ihre eigenen Anstrengungen, zu ihrem Recht zu kommen, erfolglos geblieben waren, wandte sie sich an die AK-Bezirksstelle in

Vöcklabruck. Rechtsexperte Florian Tatschl nahm sich ihres Anliegens an. „Er stand mir zu jeder Zeit beratend, tatkräftig und unterstützend zur Seite“, sagt Tamara Nussbaumer.

Begeistert von der Betreuung durch die AK

Auch von den anderen Mitarbeiter:innen in der AK war die Frau begeistert: „Sie alle waren immer freundlich, hilfsbereit und kompetent. Das Service war zu meiner höchsten Zufriedenheit.“

Der AK-Experte nahm mit der Arbeitgeberin Kontakt auf und forderte die offenen Ansprüche ein. Es bedurfte mehrerer Interventionen, um Tamara Nussbaumer zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie bekam Gehalt und Urlaubsgeld nachbezahlt, Arbeitspapiere und Dienstzeugnis ausgestellt und auch die Forderung nach Rückerstattung der Fortbildungskosten konnte abgewendet werden. Sehr zur Freude von Tamara Nussbaumer: „Danke, liebe AK, für das super Service!“

dominik.bittendorfer@akooe.at

Gehälter im Handel: „Bei uns geht es wirklich um Lebenserhaltung“

Sabine Eiblmaier ist Zentralbetriebsrätin bei Inter-spar und verhandelt jedes Jahr den Kollektivvertrag (KV) für 430.000 Beschäftigte im Handel mit.

Hohe Gehaltsabschlüsse sind für uns sehr wichtig, weil der Handel eine Branche ist, wo man schauen muss, dass sich die Mitarbeiter:innen das Leben überhaupt noch leisten können“, sagt Sabine Eiblmaier. Sie ist Zentralbetriebsrätin bei Interspar und im Kollektivvertrags-Verhandlungsteam für 430.000 Handelsangestellte. Neben den Gehältern werden aber auch Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld sowie Zuschläge für Samstagnachmittag oder die Abendzeiten verhandelt.

Betriebe oft nicht gewerkschaftlich organisiert

Besonders oft in den Medien vertreten sind die KV-Verhandlungen der Metaller:innen. Aber was ist nun die Besonderheit im Handel? „Unsere Branche ist so divers.



Sabine Eiblmaier bei einer Kundgebung im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen.

Die Betriebe reichen vom großen Supermarkt bis hin zum kleinen Nahversorger im Dorf. Aber auch Textil, Schuhe, Sport und der Großhandel sind bei uns vertreten.“ Diese Diversität sei eine Herausforderung für beide Seiten. „Für uns vor allem deshalb, weil viele kleine

Firmen nicht gewerkschaftlich organisiert sind“, so die Betriebsrätin.

Doch bevor die KV-Verhandlungen Ende des Jahres starten, gilt es, die eigenen Positionen vorzubereiten. Im Sommer wird deshalb die Stimmung der Beschäftigten eingeholt. „Wir fragen die Kolleginnen

und Kollegen bei großen Betriebsrätekonferenzen, wie es ihnen geht, was sie brauchen und mit welchen Forderungen wir in die Verhandlungen gehen sollen“, sagt Sabine Eiblmaier. Darüber werde breit abgestimmt. Die Wünsche hätten sich in den vergangenen Jahren verändert. Obwohl ein höheres Gehalt noch immer die wichtigste Forderung sei, würde auch der Wunsch nach mehr Freizeit und nach attraktiveren Teilzeitmodellen immer lauter werden. Auch eine sechste Urlaubswoche fordern die Mitarbeiter:innen im Handel.

Klares Nein zu Einmalzahlungen

Zu Einmalzahlungen, die oftmals vorgeschlagen werden, hat Eiblmaier eine klare Haltung: „In unserer Branche gibt es einen sehr hohen Frauenanteil und viele arbeiten in Teilzeit. Da geht es wirklich um Lebenserhaltung. Für mich sind die Einmalzahlungen ein absolutes No-Go. Die Kolleg:innen müssen jedes Monat Miete und Strom bezahlen. Nicht nur einmal im Jahr.“

bianca.karr@akooe.at

AK AM SCHAUPLATZ

Christine Heitzinger ist neue AK-Vizepräsidentin

Seit November hat die AK Oberösterreich eine neue Vizepräsidentin: Christine Heitzinger. Sie bringt mehr als 16 Jahre Erfahrung in der Arbeitnehmervertretung mit, unter anderem als Betriebsratsvorsitzende der Firma Leha, die ihren Sitz im Bezirk Eferding hat. Grund genug für den AK-Report, die Hartkirchnerin in „ihrem“ Unternehmen zu besuchen. Dort gründete Heitzinger im Jahr 2007 einen Betriebsrat. „Mir geht es immer darum, das Beste für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit für den Betrieb herauszuholen“, sagt die neue AK-Vizepräsidentin. Der Familienbetrieb Leha, der sich nicht nur in Österreich einen guten Namen als Hersteller von Sonnenschutz unterschiedlichster Art gemacht hat, beschäftigt derzeit rund 350 Mitarbeiter:innen. 70 Prozent davon sind Frauen.

„Ich habe mir auch für meine Tätigkeit in der Arbeiterkammer vorgenommen, mich für die Gleichstellung von Frauen in der Arbeits-



AK-Vizepräsidentin und Leha-Betriebsratsvorsitzende Heitzinger (Mitte) mit den Leha-Mitarbeiterinnen Arberie Tafili (li.) und Sabine Nöhammer-Scheuringer.

welt einzusetzen“, so Christine Heitzinger. „Mir ist es wichtig, dass alle unsere Beschäftigten einen sicheren Arbeitsplatz haben. Mit einer gelebten betrieblichen Sozialpartnerschaft ist das möglich“, erzählt die gebürtige Bayerin, die seit 19 Jahren mit ihrem Mann in Hartkirchen lebt. Nicht weit entfernt von ihrem Arbeitsplatz bei Leha.

michael.petermair@akooe.at



Vermögensriesen und ein Heer von Zwergen

Der Wirtschaftsprofessor Jakob Kapeller aus Steyr lehrt und forscht an Universitäten in Duisburg-Essen und Linz. Bekannt wurde er unter anderem für seine Studien zur Vermögensungleichheit.

AK-Report: Herr Kapeller, wie wird man richtig reich?

Kapeller: Die Frage ist zuerst einmal, ab welchem Vermögen man eigentlich reich ist. Die besonders reichen Haushalte in Österreich haben ihr Vermögen zu einem großen Teil geerbt. Erben ist also immer noch der sicherste Weg, reich zu werden. Die zweite, unwahrscheinlichere Variante ist es, durch die Gründung eines erfolgreichen Unternehmens besonders reich zu werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Hälfte der Bevölkerung gar kein nennenswertes Vermögen besitzt, für diese Menschen ist auch der einfache Hausbesitzer von nebenan vergleichsweise wohlhabend. So einen Wohlstand kann man sich auch heute noch durch ein erfolgreiches Berufsleben aufbauen, aber es ist viel schwerer geworden als noch vor einigen Jahrzehnten. Zusammenfassend lässt sich sagen: Durch abhängige Beschäftigung ist wohl noch niemand so richtig reich geworden, aber in den besten Phasen unserer Geschichte konnte man so zumindest einen bescheidenen Wohlstand aufbauen.

AK-Report: Ihre Studien haben gezeigt, dass das Vermögen in Österreich noch deutlich ungleicher verteilt ist, als bisher bekannt. Warum ist das so und wie sieht diese Verteilung konkret aus?

Kapeller: Vermögen ist generell immer sehr ungleich verteilt. Das Aus-

maß dieser Ungleichheit ist schwer vorstellbar, weil sie eine Dimension hat, die die Grenzen unseres Alltagsdenkens übersteigt. Bildlich gesprochen könnte man sagen: Die Vermögensverteilung hat sehr wenige, überproportional große Riesen, die ein gewaltiges Vermögen haben, und eine gewaltige Armee an Zwergen, die allesamt kaum Vermögen haben. Selbst der zuvor erwähnte Hausbesitzer zählt dabei zu den Zwergen,

» Das Ausmaß der Vermögensungleichheit übersteigt die Grenzen unseres Alltagsdenkens. «

denn auch sein Vermögen ist – im Vergleich zu den wirklich reichen Haushalten – im Grunde mikroskopisch klein. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Das vermögendste Prozent der österreichischen Haushalte besitzt knapp 40 Prozent des gesamten Vermögens und die reichs-

ten zehn Prozent knapp 66 Prozent des gesamten Vermögens.

AK-Report: Konservative verunglimpfen jede Kritik an der extremen Vermögenskonzentration als „Neiddebatte“. Sie hingegen sehen in ihr eine Gefahr für die soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität. Warum ist das so?

Kapeller: Es ist klar, dass Fragen von Vermögen und Eigentum von vielen Seiten emotional aufgeladen werden. Letztlich ist es eine politische Frage, welches Ausmaß von Ungleichheit man für angemessen hält. Ich meine, wir müssen diese Frage auf jeden Fall sachlich diskutieren, ohne in eine Rhetorik moralischer Empörung zu verfallen. Wer versucht, sich hier aus der Diskussion zu stehlen, streitet gleichzeitig ab, dass mehr sozialer Ausgleich oftmals Vorteile für alle mit sich bringt.

AK-Report: Wie müssten Vermögens- und Erbschaftssteuern ausgestal-

tet werden, damit sie die Ungleichheit verringern?

Kapeller: Um zeitnah messbare Auswirkungen auf die Vermögensverteilung zu erzielen, wäre jedenfalls eine progressivere Besteuerung bestehender Vermögenswerte anzustreben. Zugleich sollte durch hohe Freibeträge sichergestellt werden, dass wirklich nur die oberen ein bis zwei Prozent der Vermögensverteilung von einer solchen Steuer betroffen sind.

AK-Report: Wie viel zusätzliche Steuereinnahmen könnte das für Österreich bringen und was sollte man mit dem Geld tun?

Kapeller: Für Österreich rechnen wir – je nach Ausgestaltung – mit einem Steueraufkommen zwischen vier und 15 Milliarden Euro. Das ist ein signifikanter Betrag, der geeignet wäre, neue politische Spielräume zu schaffen, die wir zum Ausbau der Kinderbetreuung, zur besseren Finanzierung von Pflegeleistungen oder zur Bekämpfung der Klimakrise nutzen könnten.



#deineStimme macht uns alle stärker



Andreas Stangl
Präsident

AK



Oberösterreich 5. – 18. März 2024

Österreichische Post AG, MZ 02Z033936 M, Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

ooe.arbeiterkammer.at/wahl